

# Die Kommunen und der Ritt vor die Wand

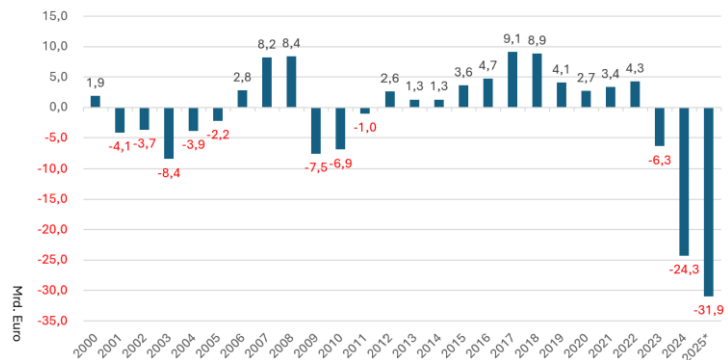
## Defizitäre Landkreise, Städte und Gemeinden: Der unbemerkte Teil der Staatsfinanzierungskrise

Von Dr. Marco Trips

Von der Öffentlichkeit bislang unbemerkt ist neben den bekannten Systemkrisen in Rente, Krankenversicherung und Pflege sowie den Löchern im Bundeshaushalt eine gigantische kommunale Finanzkrise entstanden: Im Jahr 2025 haben die Kommunen in Deutschland 32 Milliarden Euro mehr

ausgegeben als eingenommen<sup>1</sup>. Dieses größte Defizit der bundesrepublikanischen Geschichte ist das Vierfache der vormals schlimmsten Fehlbeträge. Diese lagen mit jeweils rund 8 Milliarden Euro in den Jahren 2003 und 2009 und waren das Ergebnis von Steuerreformen und begrenzten Wirtschaftskrisen, die aber nach kurzer Zeit endeten.

## Kommunale Finanzierungssalden



Heute ist die Misere der Kommunen nicht wie damals auf singuläre Einnahmeausfälle zurückzuführen, die absehbar wieder behoben werden könnten. Im Gegenteil: Ein Einnahmeproblem gibt es derzeit (noch) nicht, denn die Einnahmen stiegen bisher immer noch leicht an<sup>2</sup>. Vielmehr hat sich das riesige Minus trotz stetiger kommunaler Warnungen über die letzten Jahre strukturell aufgebaut, es addiert sich zum ähnlich hohen Defizit von minus 24 Milliarden Euro aus 2024 und ist in der Prognose weiter steigend<sup>3</sup>. Ursache sind drastisch steigende Sozialausgaben, zusätzliche Aufgaben mit zusätzlichen Personalanforderungen und eine beginnende Zinsspirale<sup>4</sup>. Wenn das kommunale Pferd so weitergeritten wird, dann wird es ein Ritt vor die Wand.

Ich halte es für brandgefährlich, diese von Bund und Ländern bewusst herbeigeführte Finanzkrise zu ignorieren und damit die Kommunale Selbstverwaltung in ihrem Kern auszuhöhlen. Damit schaden Bund und Länder sich selbst, sie schaden der Demokratie, sie schaden ihren Bürgerinnen und Bürgern. Im Zeitalter der Transformationen und einer sich anbahnenden neuen Weltordnung muss die Kommunale Selbstverwaltung in die neue Zeit gerettet werden. Sie ist unverzichtbar. Dazu kann sie nicht weiter als Schuldenbank der Nation benutzt werden, sondern muss sich auf eine ausreichende Finanzierung verlassen können.

<sup>1</sup> Statistisches Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen der vierteljährlichen Kassenstatistik vom 1.4.2026; [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/04/PD26\\_114\\_71137.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/04/PD26_114_71137.html)

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt (Destatis), a.a.O.; vergleiche jedoch die Mai-Steuerschätzung 2026, in der die Einnahmeerwartungen nach unten korrigiert wurden, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/05/2026-05-07-ergebnisse-der-170-steuerschaetzung.html>

<sup>3</sup> DStGB vom 4.8.2025; <https://www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/kommunalhaushalte-kollabieren-bislang-undenkbare-verschuldungsspirale-droht/>

<sup>4</sup> DStGB, a.a.O.

## I. Kommunale Selbstverwaltung: Ist das Kunst oder kann das weg?

Die kommunale Selbstverwaltung ist kein technisches Detail der Verwaltung, kein bloßes Organisationsprinzip – sie ist ein Herzstück der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Wer sie stärkt, stärkt Freiheit, Verantwortung und Demokratie. Wer sie schwächt, gefährdet die lebendige Grundlage unseres Staatsaufbaus.

Demokratie beginnt nicht im Bundestag, sondern vor der eigenen Haustür. In Gemeinden, Städten und Landkreisen wird Politik konkret, sichtbar und greifbar. Hier entscheidet sich, wie Kinder betreut werden, wie Straßen aussehen, ob Kultur blüht, ob Vereine leben und wie Nachbarschaft funktioniert. Die Menschen vor Ort entscheiden über ihre Angelegenheiten selbst. Diese Nähe zur Lebenswirklichkeit, die in den Regierungsapparaten des Bundes und der Länder oft fehlt, ist durch kein noch so gut gemeintes Zentralorgan ersetzbar. Nur wer die Probleme vor Ort kennt, kann tragfähige Lösungen entwickeln.

Damit ist die kommunale Selbstverwaltung durch Subsidiarität, Anpassung an die örtliche Vielfalt und Entlastung des Staates nicht nur ein effizientes Organisationsprinzip, sondern ebenfalls eine Machtbegrenzung. Kommunale Dezentralisierung schützt vor übermäßiger Konzentration politischer Macht. Dies umso mehr, wenn man den politischen Wandel in einigen Demokratien beobachtet, in denen eine starke Ausrichtung auf eine zentrale und mindestens in Teilen fragwürdig handelnde Bundesgewalt erfolgt. Eine Regierung, die in einem zentralistischen System leicht von oben nach unten durchregieren kann, wird Widerstände schneller wegwischen können als eine, die einer starken und eigenständig legitimierten Selbstverwaltung gegenübersteht. Starke Kommunen sind daher kein Luxus, sondern ein Stabilitätsanker der gesamten staatlichen Ordnung.

Zudem ist ohne das kommunale Ehrenamt keine lebendige Zivilgesellschaft möglich. Feuerwehren, Sportvereine, Kulturinitiativen, Nachbarschaftshilfen – sie alle wachsen im kommunalen Raum.

Auch ist die kommunale Ebene die erste Schule politischer Beteiligung. Viele spätere Abgeordnete und Minister in Bund und Ländern haben auf kommunaler Ebene gelernt zu diskutieren, Kompromisse zu schließen und Verantwortung zu übernehmen. Kommunalpolitik ist weniger ideologisch und stärker lösungsorientiert. Sie zwingt dazu, über Parteigrenzen hinweg zusammenzuarbeiten – weil die Straße gebaut werden muss, der Kindergarten fehlt oder das Schwimmbad saniert werden soll.

Schließlich hat Politik in der Kommune Name und Gesicht. Bürgermeisterinnen und Gemeinderäte sind ansprechbar – im Rathaus, auf dem Wochenmarkt, beim Vereinsfest. Jede Bürgerin und jeder Bürger können sich wählen lassen. Diese Nähe schafft Vertrauen in staatliches Handeln und Transparenz politischer Entscheidungen. Distanz hingegen erzeugt Misstrauen und Politikverdrossenheit.

So stehen, auch wenn die Wortwahl heute im Einzelnen eine andere wäre, nach wie vor die ursprünglichen Ziele des Freiherren vom Stein in der Nassauer Denkschrift, nämlich die *„Ersparung an Verwaltungskosten (...), Belebung des Gemeingeistes und des Bürgersinns, die Benutzung der schlafenden und falsch geleiteten Kräfte und zerstreut liegenden Kenntnisse, der Einklang zwischen dem Geist der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen und denen der Staatsbehörden, die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre“*<sup>5</sup> fest verankert und in ihrer Bedeutung unbestritten.

---

<sup>5</sup> Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein; Nassauer Denkschrift, Juni 1807, zitiert nach

<https://www.uni->

[muenster.de/imperia/md/content/geschichte/personen/ttippach/nassauische\\_denkschrift.pdf](https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/geschichte/personen/ttippach/nassauische_denkschrift.pdf), dort Seite 394

## **II. Finanzielles Ausbluten der kommunalen Ebene: Die vier kommunalen apokalyptischen Reiter**

In vielen sogenannten Sonntagsreden der hohen politischen Ebenen vom Bundespräsidenten bis zum Landesstaatssekretär werden folgerichtig Bausteine als fester Bestandteil aufgenommen, die die eben dargestellten Vorzüge der kommunalen Selbstverwaltung preisen, oft verbunden mit der Beschwörung der eigenen Anfänge oder noch vorhandenen Sitze in kommunalen Räten oder Kreistagen.

Im eklatanten Gegensatz dazu haben Bund und Länder in den letzten Jahren die Kommunen in die finanzielle Ausweglosigkeit gebracht, in der sie jetzt stehen. Vier Ursachen lassen sich ausmachen, die gleichsam als vier kommunale apokalyptische Reiter den finanziellen Untergang der Kommunen ankündigen.

### **1. Erster Reiter: Neue Aufgaben mit unzureichender Sach- und Betriebskostenfinanzierung - Fehlende Konnexität**

Durch Bundes- oder Landesrecht wurden und werden viele neue Aufgaben und Ansprüche auf die Kommunen übertragen. Die dafür notwendigen Gelder folgen jedoch meist nicht oder nur unzureichend diesen Aufgaben nach. Während Bund und Länder ihre Schuldengrenzen einhielten, wurden die Kommunen zur ‚Bad Bank‘ der Nation. Vieles, was wünschenswert, aber nicht finanzierbar war, verschoben Bund und Länder auf die kommunale Ebene.

Symptomatisch sei an die Schaffung der Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter erinnert: Die notwendigen Investitionen wurden mit viel zu geringen Beträgen abgefunden, die schon zur Zeit ihrer Berechnung, spätestens aber nach den Baukostensteigerungen der letzten Jahre überholt waren. Die Betriebskosten für den Betrieb von Mensen, ein Mehr an Schulverwaltung, Reinigung und Unterhaltung wurden zu erheblichen Teilen auf die kommunale Ebene verlagert, wiederum ohne eine annähernde Vollkostenrechnung. Dies alles bewusst und kollusiv protokolliert im Bundesrat<sup>6</sup>. Die Konnexität, also die Verbindung zwischen der Schaffung einer neuen Aufgabe und den dafür erforderlichen Ressourcen ist zwar ein Verfassungsprinzip<sup>7</sup>, wurde und wird aber mit politischer Absicht umgangen. Bund und Ländern bleibt der Orden auf dem Revers für neue Leistungen und Ansprüche für ihre Wählerinnen und Wähler, den Kommunen bleibt die Finanzierung und der Schlamassel der Umsetzung von Regeln, die genau aus diesen Gründen der Umgehung kompliziert und handwerklich schlecht gemacht sind.

Weitere Beispiele sind bei den Kindertagesstätten, bei der Einführung von Wohngeld-Plus sowie bei zahlreichen weiteren kleineren und mittleren Anwendungsfällen zu finden.<sup>8</sup> Mit der EU-Wiederherstellungsverordnung oder dem Brachflächenkataster sind neue Fälle bereits abzusehen.

### **2. Zweiter Reiter: Faktisches Hineindrängen in aufgabenfremde Finanzierungsverantwortungen**

Die zweite Ursache ist ein Hängenlassen der kommunalen Ebene, ein Hineindrängen in unterfinanzierte Aufgaben, denen sie nicht ausweichen kann, für die sie aber nicht zuständig ist und deren Ursache sie nicht gesetzt hat. Hier kann man nahtlos an das obige Beispiel der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter anschließen: Die Schulträger sind nicht für pädagogisches Personal zur Kinderbetreuung zuständig, werden aber vor Ort faktisch in diese Aufgabe hineingedrängt, weil die Landesfinanzierung kein ausreichendes

---

<sup>6</sup> Bundesratsdrucksache 348/1/21, S.4; „Um Fragen der Konnexität zu vermeiden, ist der Gesetzestext so zu fassen, dass eine weitere landesrechtliche Ausgestaltung nicht zwingend erforderlich ist.“

<sup>7</sup> Zumindest in den Ländern, der Bund unterliegt eigentlich einem Aufgabenübertragungsverbot an die Kommunen, was der Bund aber wegen der fehlenden Schulrechtszuständigkeit durch Bezugnahme auf die Jugendhilfe seinerseits umgangen hat.

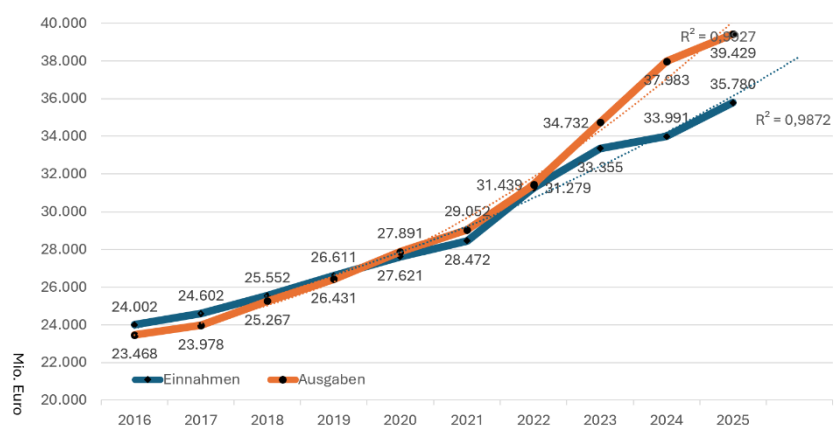
<sup>8</sup> Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände: „19. Bericht zur Finanzlage der Kommunen in Niedersachsen“, Hannover, 17.9.2025, S. 9ff

Bildungsangebot gewährleistet und im Jahr der Kommunalwahl kein Bürgermeister und kein Rat den Eltern erklären kann, warum seine Gemeinde die Anträge der verzweifelten und vom Land im Stich gelassenen Grundschulleitung nicht erhört. Auch hier lassen sich die Beispiele mühelos fortsetzen: Kein Bürgermeister wird der Krankenhausleitung einen Betriebszuschuss absprechen, wenn die Klinikleitung ansonsten aufgrund mangelnder Finanzierung im Gesundheitssystem Insolvenz anmelden muss. Gleiches gilt für die Bezuschussung von Hausärzten oder das große Feld der unbestritten notwendigen, aber bundesseits links liegen gelassenen Integration. Neueste Volte ist das Versprechen der Bundesregierung zu Lasten Dritter über eine 1.000 Euro-Entlastung wegen gestiegener Benzinpreise, die die Kommunen als Arbeitgeber selbst bezahlen sollen, während sich der Bund eine Erhöhung seiner Tabaksteuer gönnt.

### 3. Dritter Reiter: Massiv steigende Sozialausgaben

Neben diesen unterfinanzierten Aufgabenübertragungen sind die größte Ursache die derzeit massiv steigenden Sozialausgaben<sup>9</sup>. Insbesondere die Eingliederungshilfe, die Hilfe zur Erziehung und die Hilfe zur Pflege steigen seit Jahren mit einer immens hohen Dynamik. Die Eingliederungshilfe, die mit 26,8 Prozent den größten Anteil an den kommunalen Sozialausgaben ausmacht, stieg allein 2025 um 11,2 Prozent. Seit dem Systemwechsel zum Bundesteilhabegesetz hat die Steigerung dieser Leistung immens an Fahrt aufgenommen: Allein von 2020 bis 2024 sind die Ausgaben um mehr als 40 Prozent gewachsen, seit 2017 sogar um 66,8 Prozent. Der Aufwuchs ist weniger steigenden Fallzahlen als einer Zunahme der Fallkosten durch bundesgesetzliche Regeln geschuldet. Die Hilfen zur Erziehung sind in 2025 um 17 Prozent gestiegen, die Hilfen für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung haben sich von 2023 bis 2023 mehr als verdoppelt und die Hilfe zur Pflege wuchs 2023 mit 27 Prozent und 2024 mit 17 Prozent dreimal so hoch wie der Anstieg der Empfängerzahlen.<sup>10</sup> Wenn hier keine Begrenzung der kommunalen Ausgaben und ihrer Dynamik erfolgt, dann wird das Problem der desolaten Kommunalfinanzen nicht zu lösen sein. An den derzeitigen Überlegungen der Bundesregierung zur Pflegereform wird deutlich, dass die kommunale Finanzkrise bisher nicht mitgedacht wird: Sollte es zu höherer Beteiligung der Pflegebedürftigen kommen, wird die kommunal getragene Hilfe zur Pflege weiter ansteigen.

## Einnahmen - Ausgaben



Die Hilfen zur Erziehung sind in 2025 um 17 Prozent gestiegen, die Hilfen für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung haben sich von 2023 bis 2023 mehr als verdoppelt und die Hilfe zur Pflege wuchs 2023 mit 27 Prozent und 2024 mit 17 Prozent dreimal so hoch wie der Anstieg der Empfängerzahlen.<sup>10</sup> Wenn hier keine Begrenzung der kommunalen Ausgaben und ihrer Dynamik erfolgt, dann wird das Problem der desolaten Kommunalfinanzen nicht zu lösen sein. An den derzeitigen Überlegungen der Bundesregierung zur Pflegereform wird deutlich, dass die kommunale Finanzkrise bisher nicht mitgedacht wird: Sollte es zu höherer Beteiligung der Pflegebedürftigen kommen, wird die kommunal getragene Hilfe zur Pflege weiter ansteigen.

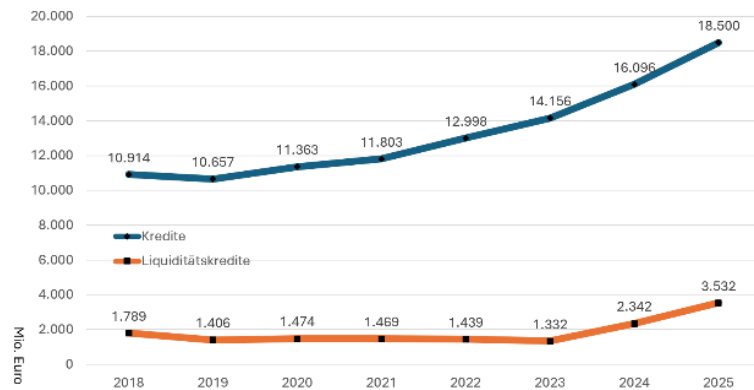
### 4. Vierter Reiter: Die Zinsspirale beginnt zu laufen

<sup>9</sup> Statistisches Bundesamt (Destatis), a.a.O.; DStGB, a.a.O.

<sup>10</sup> Allgemeiner Überblick in Deutscher Städte- und Gemeindebund: „Bilanz 2025 + Ausblick 2026 der deutschen Städte und Gemeinden“, Berlin, 5.1.2026 S. 13 ff. sowie ein allgemeiner 10-Jahres-Vergleich seit 2013 in Deutscher Städtetag: „Entwicklung der Sozialausgaben an den Beispielen Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege“, Köln, 17.2.2025

Der vierte kommunale apokalyptische Reiter ist die sich zu drehen beginnende Zinsspirale. Je größer die nicht finanzierten Pflichtaufgaben, umso mehr Kredite müssen hierfür aufgenommen werden, da die Investitionen aus eigener Kraft nicht mehr zu tragen sind. Je mehr Kredite aufgenommen werden, umso höher fallen die Zinsausgaben an. Je höher die Zinsausgaben, umso schwieriger wird die Finanzierung der Aufgaben. Die Zinsspirale beginnt zu laufen.

## Entwicklung der Verschuldung



### III. Bund und der Länder: Antworten statt Verantwortung

Wenn nun die kommunale Selbstverwaltung durch finanzielles Austrocknen in eine Handlungsunfähigkeit hineingedrängt wird, dann werden all die Aspekte, die für sie sprechen, ins Gegenteil verkehrt. Welcher Bürgermeister und welcher Rat legen Elan in der Gestaltung der örtlichen Gemeinschaft an den Tag, wenn eine solche Gestaltung gar nicht mehr möglich ist? Welcher Bürgerin und welcher Bürger hat noch Vertrauen in die Gestaltungskraft vor Ort, wenn laufende Kosten auf Pump bezahlt werden und die Infrastruktur leidet?

Nach Art. 58 der Nds. Verfassung hat das Land Niedersachsen eine ausreichende kommunale Finanzausstattung zu garantieren. In den letzten Jahren selbst im Plus reagiert das Land jedoch nur auf großen Druck und extrem zeitverzögert. Letztlich garantiert Art. 28 GG die (handlungsfähige) kommunale Selbstverwaltung auf Bundesebene. Beide höheren politischen Ebenen müssen der kommunalen Finanzkrise mehr Beachtung schenken und ihre verfassungsrechtliche Verantwortung wahrnehmen. Die Kommunen gehören zum großen Reformbedarf aller Systeme neben Rente, Pflege, Gesundheitsversorgung und den gewaltigen Transformationsbedarfen in Energie, Infrastruktur und Verteidigung gleichberechtigt dazu.

Bisherige Antworten einer Politik, die um ihre Wahlversprechen bangt und lieber verteilen als reformieren möchte, reichen nicht aus.

#### 1. „Ihr habt doch jetzt genug bekommen!“: Der Abgeordnete und die Investitionsmilliarden

Eine bekannte Antwort lautet, die Kommunen seien durch die Bundesinvestitionsmittel des ‚Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität‘ doch nun wirklich ausreichend bedacht und sollten still und dankbar sein.

Brechen wir es zunächst einmal herunter: In Niedersachsen stehen bis 2042 aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität 4,7 Milliarden zur Verfügung – also 390 Millionen pro Jahr. Das klingt zunächst nach sehr viel Geld. Wenn man die Wirkung betrachtet, relativiert sich die Betrachtung aber schnell. Für eine 10.000-Einwohnergemeinde stehen insgesamt etwa 3,2 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist eine Turnhalle, sicherlich nicht der einzige Investitionsbedarf in diesem Zeitraum. Wenn medial der Eindruck erweckt wird, hier wird Deutschland durchsaniert, so ist dies schlicht falsch.

Neben dem oben beschriebenen bundesweiten Betriebsdefizit in Höhe von 31 Milliarden Euro besteht immerhin noch ein über die Jahre aufgebauter Investitionsstau von 216 Milliarden Euro. Mit diesem Sondervermögen wird also erreicht, dass sich die Kommunen

weniger verschulden müssen, die kommunale Investitionsquote stagniert bestenfalls, ist zuletzt sogar gesunken<sup>11</sup>. Die Hilfen sind konjunkturfördernd, heilen aber nicht die strukturelle Unterfinanzierung.

Zudem sollte die Wirkung von kommunalen Investitionen nicht verkannt werden, denn der Begriff ist irreführend. Während in der Privatwirtschaft Investitionen zu höherer oder besserer Produktivität führen und somit am Ende die Gewinne steigern, wirken kommunale Investitionen nur gesellschaftlich und mittelbar. Sie erreichen bessere Bildung, höhere Sicherheit oder eine gesündere Bevölkerung, bringen aber den kommunalen Kernhaushalten neben Zinsen für die aufgenommenen Kredite zusätzliche Abschreibungen, Unterhaltungs- und Betriebskosten.

Wenn in der Wirtschaft kein Wachstum mehr stattfindet, kann die öffentliche Hand nicht ständig an neuer Substanz zubauen – sie kann dann irgendwann nicht mehr alles instand halten, was über die Jahre entstanden ist. Dieser kommunale Substanzverlust betrug in Deutschland 2024 13 Millionen Euro pro Tag<sup>12</sup>.

## **2. Durchhalteparolen ohne Realitätssinn: „Wenn denn im nächsten Jahr die Wirtschaft wieder anspringt...!“**

Wer nun die kommunale Finanzkrise allein mit einem Verweis auf zukünftiges Wirtschaftswachstum relativieren will, unterschätzt sowohl die strukturelle Schwäche der deutschen Volkswirtschaft als auch die Dynamik der staatlichen Ausgaben. Das Narrativ lautet: Wenn die Konjunktur erst wieder anspringt, steigen automatisch die Steuereinnahmen – und die Haushaltsprobleme lösen sich gewissermaßen von selbst. Ein Blick auf die vergangenen Jahre und die absehbare Zukunft zeigt jedoch, wie unrealistisch diese Hoffnung ist.

Die Wirtschaft in Deutschland befindet sich seit Jahren in einer Phase der Stagnation. Nach zwei Rezessionsjahren 2023 und 2024 folgte 2025 lediglich ein Miniwachstum von rund 0,2 bis 0,3 Prozent – ein Wert, der faktisch wirtschaftlicher Stillstand ist. Zwischen 2019 und 2025 hat die reale Wirtschaftsleistung kaum zugelegt. Die vorsichtig optimistischen Prognosen für 2026 sind aufgrund des Iran-Krieges wieder auf ein Stagnations-Niveau von 0,5 Prozent heruntergefahren worden<sup>13</sup>.

Ein zweiter zentraler Aspekt der gesamtwirtschaftlichen Schwäche Deutschlands ist der andauernde Strukturwandel im industriellen Sektor, der von vielen Beobachtern als Deindustrialisierung beschrieben wird – also der fortschreitende Abbau industrieller Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten zugunsten des Dienstleistungssektors. In den letzten Jahren hat sich diese Entwicklung deutlich beschleunigt: Allein im Jahr 2025 wurden in der Industrie mehr als 120 000 Arbeitsplätze gestrichen, ein Verlust, der die ohnehin schwache Binnenkonjunktur zusätzlich belastet – und dies, obwohl die Industrie traditionell als Herzstück des deutschen Exportmodells gilt<sup>14</sup>.

Zudem haben im Jahr 2025 die deutschen Amtsgerichte 24 064 beantragte Unternehmensinsolvenzen registriert. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, waren das 10,3 Prozent mehr als im Vorjahr, nachdem die Zahl bereits 2024 und 2023

---

<sup>11</sup> Landesamt für Statistik Niedersachsen: „Vergleichende Darstellung der finanziellen Situation von Land und Gemeinden/Gv“, Hannover 2025, Tabelle D Quoten

<sup>12</sup> DStGB, <https://www.dstgb.de/themen/mobilitaet/verkehrsinfrastruktur/investitionsoffensive-infrastruktur-notwendig/>

<sup>13</sup> Handelsblatt vom 16.4.2026, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wirtschaft-regierung-halbiert-offenbar-wachstumsprognose-fuer-2026/100217590.html>

<sup>14</sup> Tagesschau vom 17.2.2026, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/industrie-baut-2025-mehr-als-120000-stellen-ab-100.html>

jeweils um mehr als 20 Prozent angestiegen war (2024 zum Vorjahr: +22,4 Prozent, 2023 zum Vorjahr: +22,1 Prozent).<sup>15</sup>

Die Gründe für diesen Strukturwandel sind vielfältig: Neben hohen Energie- und Produktionskosten im internationalen Vergleich und wachsender Konkurrenz vor allem aus Asien spielt die Umstellung auf neue Technologien sowie ein verschärfter globaler Wettbewerb eine Rolle. Dies führt dazu, dass viele Unternehmen ihre Produktion oder Investitionen ins Ausland verlagern oder in Deutschland Kapazitäten reduzieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Für den Arbeitsmarkt hat dieser Wandel gravierende Folgen: Verluste in der Industrie können nicht einfach durch Beschäftigungsgewinne im öffentlichen Dienst oder im Dienstleistungssektor kompensiert werden, weil viele der verlorenen Industriearbeitsplätze in Regionen und Branchen konzentriert sind, die überdurchschnittlich gut bezahlt sind und wichtige Steuereinnahmen generieren. Kurzfristige Beschäftigungseffekte im Dienstleistungsbereich wirken hier als Trostpflaster, ersetzen aber nicht die wegfallenden produktiven Kapazitäten oder die nachhaltigen fiskalischen Beiträge der Industrie.

Im Zusammenspiel mit den zuvor beschriebenen Faktoren – stagnierender Konjunktur, geopolitischen Risiken und steigenden Staatsausgaben – wird deutlich: Auch wenn einzelne Teilsegmente leichte Erholungstendenzen zeigen mögen, ist die grundlegende industrielle Substanz Deutschlands derzeit unter Druck. Diese Entwicklung schwächt nicht nur die Betätigungsfelder für Millionen Beschäftigte, sondern reduziert langfristig auch das steuerliche Fundament, auf das Kommunen und Staat gleichermaßen angewiesen sind.

Das Fazit ist ernüchternd: In absehbarer Zeit ist kein kräftiges Wirtschaftswachstum in Deutschland zu erwarten. Und selbst wenn es zu einem moderaten Aufschwung käme, wäre er zu schwach, um die strukturell wachsenden Ausgaben des Staates – von Kommunen über Gesundheit bis Rente – zu decken. Die kommunale Finanzkrise ist daher kein konjunkturelles Problem, das sich mit dem nächsten Aufschwung erledigt, sondern ein strukturelles – und genau so muss sie auch politisch behandelt werden.

Alles andere ist ein Verzweiflungsargument der Art von Politik, die nur Geld verteilen kann.

### **3. Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis**

Die Kommunen haben große Hoffnungen in von der neuen Bundesregierung eingesetzte Reformkommissionen gelegt. Hier ist mittlerweile brutale Ernüchterung eingetreten. Die Sozialstaatskommission hat sich mit organisatorischen Veränderungen beschäftigt, die Finanzen aber ausgeklammert. Entlastungen der Kommunen bei diesem zentralen Thema sind hier nicht zu erwarten. Die Konnexitätskommission beschäftigt sich mit technischen Fragen, geht aber der letztlichen Konsequenz einer Gegenfinanzierung neuer Aufgaben aus dem Weg, und zwar sehenden Auges, weil klar ist, dass im Bund dann keine Politik mehr gemacht werden kann. Auch im Zukunftspakt mit den Kommunen wurden die Finanzen mittlerweile herausgelöst, man hat sich dort auf den bequemen, aber aussichtslosen Versuch verständigt, Deutschland durch Verwaltungsmodernisierung, Entbürokratisierung und Digitalisierung zu sanieren. Das ist auch wichtig, wird aber nicht funktionieren und keine entscheidenden finanziellen Effekte auslösen.

### **4. Es ist genug Geld da, es muss nur anders verteilt werden**

---

<sup>15</sup> Statistisches Bundesamt (Destatis) vom 13.3.2026, [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26\\_085\\_52411.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26_085_52411.html), 13.3.2026

Wer von Steuererhöhungen zur Lösung aller Krisen träumt, möge sich die Staatsquote in Deutschland ansehen. Sie ist mit gleichbleibenden knapp 49 Prozent schon recht hoch<sup>16</sup>. Gegen Steuererhöhungen sprechen derzeit eine schwächelnde Wirtschaft, die eher einen Wachstumsschub als zusätzliche Belastungen bräuchte. Gleiches gilt für die private Binnennachfrage. Mit Blick auf die über die Systemkrisen hinausgehenden Transformationsbedarfe in den Bereichen Verteidigung, Energiewende oder Mobilität wird zusätzliches Geld ja auch noch für andere Bereiche benötigt. Am Ende steht die Tatsache, dass es ja von der Ursache her eine Ausgaben- und keine Einnahmenkrise ist: Einfach die staatlichen Einnahmen zu erhöhen und die übermäßig steigenden Ausgaben laufen zu lassen, ist somit eine schlechte Option. Dies meint auch der Bundesrechnungshof, der im April 2026 deutlich vor einer „ungebremsten Ausgabedynamik“ und einem Aufschieben unbequemer Maßnahmen warnt und eine „offensichtliche Diskrepanz zwischen Ausgabenansprüchen und Finanzierungsrealität“ feststellt. Unter Einbeziehung der sogenannten Sondervermögen sei das Ausgabenvolumen des Bundeshaushaltes von 2019 bis 2026 um 75 Prozent auf 633 Milliarden Euro gestiegen. Die Einnahmen seien im selben Zeitraum jedoch nur um rund 20 Prozent gewachsen.<sup>17</sup> Im Übrigen spricht auch die demographische Perspektive eher eine Aufgaben- und Ausgabenverminderung, denn für eine Erhöhung der Belastungen auf zukünftig weniger Einzahlende.

### **5. Dann eben verschulden, machen andere ja auch**

Eine weitere Antwort lautet, man könne ja die Staatsverschuldung Deutschlands im internationalen Vergleich noch um einiges in die Höhe treiben. Sie liegt im Jahr 2026 bei relativ stabilen 63 Prozent des Bruttoinlandproduktes, während beispielsweise Frankreich bei 117 Prozent, Italien bei 139 Prozent und Spitzenreiter Japan bei 250 Prozent liegen<sup>18</sup>. Befürworter wollen so die Wirtschaft beleben und teurere soziale und gesellschaftliche Kosten in der Zukunft abwenden, zum Beispiel in den Bereichen der Bildung und der Klimafolgenanpassung. Abgesehen von der Belastung zukünftiger Generationen eben auch mit den Kreditkosten ist an dieser Stelle auf die oben genannte Zinsspirale zu verweisen, in der die Zinsausgaben andere Ausgaben und Aufgaben verdrängen. Zudem scheint mir ein großer Teil der Schuldenaufnahme eher zur Querfinanzierung von laufenden Sozialausgaben zu dienen. Größer ist daher wohl die Gefahr der Setzung von Fehlanreizen, das System so zu belassen, wie es ist und notwendige Reformen zu verschleppen. Mir scheint, dass wir uns genau in dieser Phase befinden. Absehbar ist jedoch, dass dieser Traum zerplatzt - spätestens dann, wenn die angefragten Summen eine Dimension erreichen, die keine Bank mehr finanzieren wird. Betrachtet man die oben dargestellte Steigerung der kommunalen Verschuldung, so sieht man, dass wir auf bestem Weg in diese Konstellation sind. Letztlich fehlt insgesamt das Wachstum, um die so steigenden Zinsausgaben zu kompensieren. Es wird wohl auch kaum durch die mit diesen Zinsen finanzierten Investitionen erreicht werden, sondern hängt zu einem sehr viel maßgeblicheren Teil von den oben dargestellten externen Faktoren ab. Insofern verliert diese Antwort relativ schnell an Reiz.

### **IV. Offenbarung statt Apokalypse – Oder: Wie kann eine Lösung aussehen?**

Was ist also die Lösung? Werden die eben beschriebenen kommunalen apokalyptischen Reiter die Kommunale Selbstverwaltung mit sich reißen und mit Ansage vor die Wand reiten, oder gibt es am Ende doch eine heilsversprechende Offenbarung?

---

<sup>16</sup> Bundesministerium der Finanzen;

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2025/03/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-1-s21-internationaler-vergleich-staatsquoten.html>

<sup>17</sup> Zitiert nach Welt online: <https://www.welt.de/wirtschaft/article69e60fbab6150a5f72a94e0d/haushalt-diskrepanz-zwischen-anspruch-und-realitaet-regierung-lebt-laut-rechnungshof-ueber-verhaeltnisse.html?cid=socialmedia.email.sharebutton>

<sup>18</sup> Bundesministerium der Finanzen,

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2025/02/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-1-s18-internationaler-vergleich-schuldenquoten.html>

Es gibt sie – aber sie ist verbunden mit einer gewaltigen politischen Kraftanstrengung. Um die riesige Dimension einer solchen Lösung beispielhaft deutlich zu machen, sei hier einmal folgende Rechnung aufgemacht:

Das fremdverschuldete kommunale Defizit in Niedersachsen lag 2025 bei 3,6 Milliarden Euro. Versuchen wir, uns eine Kompensation dieses Defizits jenseits aller sich gegenseitig bedingender Wechselwirkungen sowie der Reaktionen von Gewerkschaften, Interessenverbänden, Sozialverbänden, Medien und Bürgerinnen und Bürgern vor Ort vorzustellen.

Wenn die kommunalen Personalkosten um zehn Prozent gesenkt würden, wäre dies eine Einsparung von 900 Millionen Euro. Pauschale zehnprozentige Leistungskürzungen auf Bundesebene bei gleichbleibenden Erstattungsleistungen durch den Bund würden im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende 250 Millionen Euro, im Bereich Kinder- und Jugendhilfe 250 Millionen Euro, im Bereich Eingliederungshilfe 350 Millionen Euro und im Bereich Sozialhilfe 200 Millionen Euro bewirken. Nehmen wir weiter eine zehnprozentige Kürzung von Transferleistungen an, also kommunalen Zuschüssen an Dritte, so bräuchte dies nochmal 350 Millionen Euro. Mit diesen extrem schmerzhaften Einschnitten wären wir bei 2,4 Milliarden Euro. Würde das Land die in Niedersachsen von den Kommunen geforderte zusätzliche Milliarde im Kommunalen Finanzausgleich bereitstellen, verbliebe noch ein Defizit von 200 Millionen, die mit einer 15- prozentigen Erhöhung der kommunalen Grundsteuer oder wahlweise einer fünfprozentigen Erhöhung des Anteils an der Einkommenssteuer durch den Bund abgerundet werden könnte.

Derzeit ergeht sich die Bundesregierung in Ankündigungen von Reformen einzelner prominenter Teilsysteme, die sofort kraftvolle Widersprüche einzelner Interessenvertretungen oder schlimmer noch Streit innerhalb der Bundesregierung provozieren. Nun ist es richtig und begrüßenswert, Reformvorschläge zu Rente, Steuern und Krankenversicherung zu unterbreiten, man wundert sich nur über die offensichtliche und mit internen Regierungsstreitigkeiten verbundene Unkoordiniertheit, in der dies erfolgt.

Wie dem auch sei: Die kommunale Finanzkrise dürfte unter allen Reformbedarfen der am wenigsten prominente und medienwirksamste sein – die Kommunen drohen wieder einmal hinten runterzufallen. Insofern bin ich fest davon überzeugt, dass wir einen politischen Großmoment bräuchten, in dem Bundesregierung und Länder (also auch die gemäßigte Bundesopposition) gemeinsam auftreten, Umfragen, Social Media und Bildzeitung mal ein paar Monate ignorieren und mutig den gordischen Reformknoten durchschlagen – denn auseinanderfädeln kann man ihn nicht.

Es muss ein Gesamtreformpaket geschnürt, den Menschen erklärt und umgesetzt werden, dessen Inhalte auch hier nicht genau bestimmt werden können, das aber allen Seiten Schmerzen bereiten müsste und sollte. Es darf aber die Belange der Kommunen nicht als zweitrangig außer Acht lassen.

Letztlich müssen wir feststellen, dass wir derzeit kein Wirtschaftswachstum haben, der Staat sich also in seinen Ausgaben beschränken muss. Der Spagat zwischen einem Entlasten der Wirtschaft mit dem Ziel eines erneuten Wachstums und den gewaltigen Transformationsbedarfen verlangt nach einer austarierten Mischung von Anspruchsrücknahmen, Ausgabensenkungen, mehr Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger statt einer All-Inclusive-Mentalität und einer stärkeren Verantwortung derjenigen, die starke Schultern haben. Die Bürgerinnen und Bürger ahnen oder wissen, dass solche Einschnitte in staatlichen Leistungen bevorstehen. Ein solches Gesamtpaket müsste beispielsweise einige in den letzten Jahren zu großzügig angelegte Sozialleistungen reduzieren und gleichzeitig Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer adressieren, es müsste Arbeitnehmern und Beamten, Deutschen und Ausländern, Rentnern und Pensionären, gesetzlich und privat Versicherten, Jungen und Alten - vielleicht durch ein Pflichtjahr -

gleichermaßen und zeitgleich Opfer abverlangen. Dann hätte ein solches Maßnahmenpaket eine Chance auf Akzeptanz, zumal wenn die Politik gleichzeitig eine ehrliche Einschätzung und Bilanz der Lage Deutschlands abgeben würde. Ein solcher Schulterchluss, vielleicht noch unterlegt mit einer Prise Pathos würde auch erwartbaren Gegentiraden der rechten und linken Extremopposition, die das System nicht stützen, sondern stürzen wollen, ein wenig die Kraft nehmen.

Wenn uns ein solcher großer politischer Moment in Abkehr von den eingespielten Verteilkämpfen hin zu einer Stabilisierung des Systems gelingt, dann können die Zügel noch herumgerissen werden, bevor auch der kommunale Ritt tatsächlich an der Wand der finanziellen Handlungsunfähigkeit endet.